

Costa Rica: Interamerikanisches Gericht fordert Ehe für alle

Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte hat wegweisende Empfehlungen zu den Rechten von Schwulen und Lesben sowie Transsexuellen getroffen, die ihnen in bis zu 20 Ländern mehr Rechte bringen können.



Der in Costa Rica beheimatete Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte hat in einer am Dienstag verkündeten Entscheidung die Menschenrechte von LGBTI in der Region ausdrücklich gestärkt. Praktische Auswirkungen hat dies zunächst für Costa Rica, das in Folge der Entscheidung wohl die Ehe für alle einführen wird.

Der Staat in Zentralamerika hatte sich 2016 mit der Frage an das Gericht gewandt, ob er schwule und lesbische Paare in bestimmten Bereichen rechtlich berücksichtigen muss und wie er mit Transsexuellen umgehen solle. In der "Empfehlung", die von sieben Richtern teilweise einstimmig, teilweise mit ein oder zwei Gegenstimmen verfasst wurde, betont das Gericht, Regierungen müssten "die Rechte von Familienverbindungen zwischen Personen des gleichen Geschlechts anerkennen und schützen".

Unter Bezug auf die Amerikanische Menschenrechtskonvention heisst es weiter, den Paaren sei "ohne Diskriminierung" Zugang zu ermöglichen "zu allen bestehenden Formen innerstaatlicher Rechtssysteme, einschliesslich des Rechts auf Eheschliessung". Die Empfehlung umfasst auch das Adoptionsrecht. Gleiche Rechte seien zwar auch durch die Schaffung eines eigenen Institutes wie einer Lebenspartnerschaft möglich, so das Gericht; ein solcher Schritt betone aber eine Unterschiedlichkeit und führe zu einer Stigmatisierung.

Das Gericht ging in der Entscheidung ausdrücklich darauf ein, dass eine Ablehnung von LGBTI-Rechten häufig auf religiösen Überzeugungen basiere. Diese spielten zwar für die Gesellschaft eine wichtige Rolle und hätten eigenen Schutz und Berechtigung; um eine "friedvolle Koexistenz" zu ermöglichen, seien Staaten dennoch gefordert, aus Glaubensfragen keine Diskriminierung herzuleiten. Das Verbot für Schwule und Lesben, ihre Partnerschaft rechtlich anzuerkennen, verletzte diese bereits grundlegend in ihrer Menschenwürde, so das Gericht. Der Ehe werde mit der Entscheidung nichts genommen, dafür werde einer Gruppe von Menschen, die historisch unterdrückt und diskriminiert wurde, gleiche Rechte gegeben.

Eine Entscheidung mit enormer Signalwirkung

Die Regierung von Costa Rica hat die Entscheidung am Dienstagabend begrüsst und angekündigt, dass sie diese "komplett" umsetzen werde – die genauen Schritte sind allerdings noch unklar. "Das Gericht hat alle Staaten auf dem Kontinent, darunter unseren, an die Pflichten und historische Schuld gegenüber diesem Teil der Bevölkerung erinnert", meinte Vizepäsidentin Ana Helena Chacon bei einer Pressekonferenz.

Die weiteren Auswirkungen der Entscheidung sind noch nicht abzusehen: Die Amerikanische Menschenrechtskonvention gilt in über 25 Ländern, allerdings erkennen einige, darunter Jamaika, das Gericht nicht an. Direktere Auswirkungen kann die Rechtsempfehlung auf 20 Länder haben: Argentinien, Barbados, Bolivien, Brasilien, Chile, Dominikanische Republik, Kolumbien, Costa Rica, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Mexiko, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, Suri-

name und Uruguay. Einige von ihnen erkennen die Rechtsprechung automatisch an, andere entscheiden einzeln über jede Vorlage des Gerichts.

queer.de / 15.1.2018